

Gemeinde Eichwalde

Regionalausschuss

Niederschrift der 10. gemeinsamen Sitzung der Regionalausschüsse Eichwalde, Zeuthen, Schulzendorf und Wildau (ZEWS)

Eichwalde, 06.05.2022

Ort: im Rahmen einer Hybridsitzung
Präsenz in der RADELAND-HALLE;
Stubenrauchstr. 17, 15732 Eichwalde

Tag: 07.04.2022

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

Anwesenheit		
anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
<u>Eichwalde</u>		
Frau Karolin Langner (allg. Stellvertreterin des Bürgermeisters)	Herr Jörg Jenoch (Bürgermeister)	
Herr Alf Hamann (Vorsitzender des Regionalausschusses)	Herr Wolfgang Burmeister	
Herr Hagen Bork (i. V. für Herrn Burmeister)		
Herr Stephan Gruhlke		
Frau Ulrike Burmeister		
Herr Christian Könning		
<u>Zeuthen</u>		
Herr Richard Schulz (allg. Stellvertreter des Bürgermeisters)	Herr Sven Herzberger (Bürgermeister)	
Herr Dieter Karczewski (Vorsitzender des Regionalausschusses)	Herr Philipp Martens	
Frau Gabriele Figge		
Herr Robert Seelig		
Herr Karl-Uwe Fuchs		
Herr Dr. Jens Burgschweiger		
Herr Jonas Reif		
<u>Schulzendorf</u>		
Herr Markus Mücke (Bürgermeister)	Frau Claudia Stölzel	
Frau Claudia Mollenschott (Vorsitzende des Regionalausschusses)		
Frau Ramona Brühl		
Herr Denis Gottwald		
Herr Guido Thieke		
Herr Dominic Lübke		
Herr Andreas Körner (i. V. für Frau Stölzel)		

Stadt Wildau Herr Marc Anders (allg. Stellvertreter des Bürgermeisters) Frau Katrin Rudolph (Vorsitzende des Regionalausschusses)) Herr Dr. Manfred Sternagel Herr Mark Scheiner Herr Frank Vulpius			
Sonstige Anwesenheit			
Verwaltungen		Gäste	
Herr Dyrk Richter (Sitzungsdienst Eichwalde) Herr Christoph Kollert (Projekt NUDAFA)		Frau Rieckhof (1. Beigeordnete LDS), Bürger*innen	

01. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder, die Vertreter der Verwaltungen und die Gäste. Die Ordnungsmäßigkeit der Ladung wird festgestellt.

02. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 04.11.2021

Der Vorsitzende bittet, den Tagesordnungspunkt dahingehend zu ergänzen, dass auch die Niederschrift der Sitzung vom 02.09.2021 mit abgestimmt werden kann.

Die Änderung wird einstimmig beschlossen.

Es bestehen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 02.09.2021.
Es bestehen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 04.11.2021.

03. Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende beantragt Rederecht für Frau Rieckhof.

Das Rederecht wird einstimmig erteilt.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

04. Informationen aus den Gemeinden

Herr Mücke

1. Die neu eröffnete Rettungsstelle des Landkreises in Schulzendorf ist seit 01.04.2022 personell besetzt.
2. Am 08.04.2022 findet auf dem Funckerberg in Königs Wusterhausen ein Benefizkonzert zur Unterstützung ukrainisch Geflüchteter statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Frau Langner

1. Die Anzahl der beim Einwohnermeldeamt Eichwalde angemeldeten Flüchtlinge aus der Ukraine beträgt, mit Stand heute:
Zeuthen: 22 Personen
Eichwalde: 24 Personen
Schulzendorf: 13 Personen
2. In der Gemeinde Eichwalde wurde zur Unterstützung der Koordination der Bedarfe und Hilfsangebote, Frau Gladisch für 10 Stunden / Woche eingestellt.
3. Am 01.04.2022 haben zwei Mitarbeiterinnen ihre Tätigkeit beim dem interkommunalen Projekt „Kümmern im Verbund“ im Rahmen des Förderprogramms „Pflege vor Ort“ aufgenommen.

Herr Anders

informiert, dass die Bürgermeisterin der Stadt Wildau abgewählt wurde. Neuwahlen sind für Ende August oder Anfang September 2022 geplant.

Herr Schulz

weist darauf hin, dass Unterschriften für das Volksbegehren „Sandpisten“ noch bis Montag 11.04.2022, 16:00 Uhr in den Rathäusern der Gemeinden geleistet werden können.

Frau Rieckhof

berichtet, dass die neue Rettungswache in Schulzendorf mit 5,5 Mio. EUR durch den Landkreis finanziert wurde und der Stützpunkt von der Johanniter und dem Deutschen Roten Kreuz genutzt wird. Von interessierten Gemeindevertretern wurde ein Besichtigungstermin angefragt. Die Organisation wird von Herrn Lübke übernommen.

Herr Lübke

informiert, dass ein Besichtigungstermin am 13.04.2022 um 15:00 Uhr avisiert war. Nach Rückmeldungen, dass die Uhrzeit zu früh gewählt wurde, wird die Verschiebung des Termins erwogen. Folgend erbittet er bis Sonntag weitere Rückmeldungen bezüglich des Termins.

05. Einwohnerfragestunde

Einwohnerin 1 (Eichwalde)

bemerkte, dass die visuelle und akustische Darstellung der Sitzung für anwesende Bürger*innen unbefriedigend ist.

Herr Hamann

erläutert die technische Umsetzung einer Hybridsitzung und die damit verbundenen Herausforderungen.

06. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretungen

Herr Gottwald

spricht das Thema Fluglärmschutzzonen an. Die im Planfeststellungsverfahren festgelegten Zonen sind nicht mehr aktuell und sollten durch aktuelle Datenerhebungen neu bewertet werden.

Herr Mücke

erläutert, dass eine Datenerhebung derzeit nicht aussagekräftig wäre. Eine Neubewertung sollte zu einem späteren Zeitpunkt, bei normaler Auslastung des Flugbetriebs erfolgen.

Herr Burgschweiger

erbittet Informationen zu, an ihn kommunizierten, Problemen bei der Anmeldung ukrainisch Geflüchteter im Einwohnermeldeamt und Sozialamt.

Frau Rieckhof

sagt aus, dass Anträge jetzt, neben Lübben, auch beim Sozialamt in Königs Wusterhausen gestellt werden können. Da Sozialamt und Ausländerbehörde schwerpunktmäßig nicht am selben Standort angesiedelt sind, musste ein funktionierender Prozess entwickelt werden.

Herr Mücke

weist darauf hin, dass das Einwohnermeldeamt, das Sozialamt und die Ausländerbehörde die Anliegen der Geflüchteten zusätzlich zu den regulären Bürgeranliegen bearbeiten müssen. Im Einwohnermeldeamt Eichwalde wurden zusätzliche Terminkontingente geschaffen, um den Mehrbedarf zu decken. Zur Bewältigung der Mehrarbeit im Rahmen der Corona-Krise sind beim Landkreis Mitarbeiter*innen des Sozialamtes und der Ausländerbehörde beim Gesundheitsamt eingesetzt. Es muss personell umstrukturiert werden. Dies nimmt Zeit in Anspruch.

Herr Hamann

schildert eigene Erfahrungen und ist der Meinung, dass eine Bündelung von notwendigen Registrierungs- und Antragsstellen die Situation sehr erleichtern würde.

Frau Mollenschott

berichtet aus dem Kreistag. Der Landrat informierte ausführlich und bat um Verständnis, dass der personelle Engpass nicht so schnell lösbar wäre.

Frau Rieckhof

erwähnt, dass von der Gemeinde Schönefeld zwei Mitarbeiter*innen zur Unterstützung zur Verfügung gestellt worden sind. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass die Anzahl der ankommenden Personen schwer zu kalkulieren ist. Der Großteil wird nicht von der zentralen Ausländerbehörde zugewiesen sondern kommt auf privatem Weg.

Frau Figge

spricht ihr zugetragene Beschwerden an. Zu vereinbarende Termine im Einwohnermeldeamt sind mit Wartezeiten bis zu drei Monaten verbunden. Was kann es hier für eine Lösung geben?

Frau Langner

legt dar, dass das Einwohnermeldeamt Eichwalde durch die ukrainisch Geflüchteten on top belastet wird. Auch der Bedarf regulärer Bürgeranliegen erhöht sich tendenziell. Die Mitarbeiter*innen des Einwohnermeldeamtes tun alles Erdenkliche um Anliegen schnellstmöglich zu bearbeiten.

Frau Figge

fragt nach, an wen sich Bürger*innen in dringenden Angelegenheiten wenden können?

Frau Langner

antwortet, dass die erste Anlaufstelle im Rathaus der Empfang sei, wo Bedarfsanfragen koordiniert werden. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass jederzeit die Möglichkeit besteht, sich direkt an den Bürgermeister oder sie selbst zu wenden und dass eine personelle Aufstockung im Einwohnermeldeamt derzeit nicht geplant ist.

07. Sachstand zur Schulentwicklung in ZEWS (gemeinsame Grundschule, Gespräche mit Kreis wg. weiterführender Schule)

Thema gemeinsame Grundschule:

Herr Mücke

1. Für die von den Gemeinden Eichwalde, Schulzendorf und Schönefeld gemeinsam geplante Grundschule, sind folgende Bedarfe gemeldet. Eichwalde benötigt einen halben Zug und Schulzendorf und Schönefeld jeweils einen.
2. Folgende Raumbedarfe wurden definiert:
 - 18 Klassenräume,
 - 6 Räume für Differenzierungsunterricht,
 - 4 Lehrmittelräume,
 - 4 Fachräume,
 - 2 Lehrerzimmer,
 - 3 Räume Schulleitung und Sekretariat,
 - 3 Vorbereitungsräume,
 - 2 Räume Schulsozialarbeit,
 - 2 Räume für technisches Personal und Erste Hilfe,
 - Mensa mit Lehrküche,
 - 4 Räume für Server, Abstellmöglichkeiten und Archiv,
 - 2 Reinigungsräume.
3. Die Grundfläche wird ca. 5100 m² betragen. Für Außenanlagen sind mit Sportplatz und –halle ca. 15000 m² geplant. Orientierung gaben die Raumprogrammempfehlungen des Ministeriums.
4. Als Standort wurde ein Grundstück in der Gemeinde Schulzendorf an der Miersdorfer Straße in Betracht gezogen. Der Eigentümer hat seine Verkaufsbereitschaft signalisiert.
5. Die Trägerschaft wird von der Gemeinde Schulzendorf übernommen. Die Gemeinden Eichwalde und Schönefeld werden sich verpflichten, eine noch festzulegende Anzahl an Plätzen zu finanzieren.
6. Die Schulbezirkssatzungen müssen angepasst werden.
7. Für die Finanzierung wird die Gemeinde Schönefeld der Gemeinde Schulzendorf einen Kredit gewähren, dessen Rückzahlung über die Nutzung und die Zahlungsbeteiligung der Gemeinde Eichwalde erfolgt.
8. Die Gemeinde Zeuthen plant eine Schule in freier Trägerschaft, sowie die Erweiterung des bestehenden Schulstandortes.

Thema weiterführende Schule:

Herr Mücke

trägt folgenden Text vor.

Der Landkreis hat in seiner Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2026-2027 für die Planungsregion ZEWS einen Kapazitätsengpass der Paul-Dessau-Gesamtschule und fehlende Kapazitäten an der Ludwig-Witthöft-Oberschule festgestellt. Zum Schuljahr 2029/30 würden voraussichtlich 2 Oberschulzüge fehlen.

Die Prognose 2030 für KW, SXF und ZEWS weist einen weiteren Bevölkerungsanstieg bis 2025 auf und sieht die Entwicklung dann als leicht rückläufig an.

„Wird diese Verteilung auf die zu erwartenden 12 bis unter 16-Jährigen umgelegt, ist erkennbar, dass im Jahr 2030 in etwa 345 bis 480 Oberschulplätze, 121 bis 256 Gesamtschulplätze und im worst case Szenario 73 Gymnasialplätze in der Sekundarstufe I fehlen werden.“

In einem ersten Gespräch zwischen den Kommunen des Landkreises und Frau Rieckhof am 24.03.2022 wurde der Schulplatzbedarf erörtert. Natürlich wurde auch die Frage der Zuständigkeit angesprochen. Bei der Frage der Zuständigkeit geht es den Kommunen nicht darum, die Trägerschaft der weiterführenden Schulen grundsätzlich auf den Landkreis zu übertragen. Für die Kommunen stellt sich die Frage, wer verantwortlich für den Bau und den Betrieb zukünftiger Schulen übernimmt. In dem Gespräch wurde aus Sicht des Landkreises ein Bedarf für eine weitere weiterführende Schule in Schönefeld und/oder Königs Wusterhausen gesehen. Die Gemeinde Heidesee hat ein Interesse angemeldet, eine weiterführende Schule zu bauen und die Trägerschaft zu übernehmen. Es soll bereits ein geeignetes Grundstück mit B-Plan vorhanden sein.

Die Nordkommunen haben dem Landkreis die Unterstützung bei der Lösung des Problems angeboten. Man könnte geeignete Standorte vorschlagen.

Eine Entscheidung über die Trägerschaft und den Bau einer zukünftigen weiterführenden Schule ist noch nicht getroffen worden. Die Gespräche werden voraussichtlich fortgeführt.

Frau Rieckhof

berichtet von einem Treffen des Landkreises mit den Bürgermeister*innen und Amtsdirektoren*innen zum Thema weiterführende Schulen. Zwischen den Bürgermeister*innen und Amtsdirektoren*innen gibt es differenzierte Ansichten über den Bau und die Trägerschaft bei weiterführenden Schulen. Praktisch gelebt liegt die Zuständigkeit für Oberschulen und Gesamtschulen seit fast 30 Jahren bei den Kommunen und Ämtern. Der Bau von weiterführenden Schulen ist derzeit nicht im Haushalt des Kreises abgebildet. Zur Finanzierung wäre die Erhöhung der Kreisumlage unumgänglich. Des Weiteren sieht sie ein Wechsel der Zuständigkeiten als problematisch. Der Paradigmenwechsel wäre ein langfristiger Prozess.

Frau Mollenschott

weist darauf hin, dass das Schulgesetz des Landkreises besagt, dass die weiterführenden Schulen in der Trägerschaft des Landkreises liegen. Warum die Verantwortung für Ober- und Gesamtschulen seit fast 30 Jahren bei den Kommunen und Ämtern liegt, ist nicht nachvollziehbar. Der Bau und das Betreiben der benötigten Schulen sind auch für Ämter und Kommunen personell und finanziell nicht zu stemmen. Fakt ist, dass diese Schulen ab 2024 benötigt werden und zeitnah eine Lösung erarbeitet werden muss.

Herr Burgschweiger

wendet ein, dass es kein Bestreben gibt die Trägerschaft für die bestehende Schule abzugeben.

Herr Fuchs

erwähnt, dass die kommunale Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister*innen und Amtsdirektor*innen, vor der Verabschiedung des Kreishaushalts, eine Stellungnahme an den Landkreis gesandt haben, in dem die Aufforderung enthalten ist, zeitnah über das Thema Schulträgerschaft zu beraten. Gemeinsam muss eine schnelle, unbürokratische Lösung gefunden werden.

Herr Reif

betont, dass die Notwendigkeit einer Lösungsfindung außer Diskussion steht. Spricht eine weitere Standortlösung im Zeuthener Winkel zwischen Zeuthen und Eichwalde an.

Herr Hamann

bemerkt, dass Ämter und Kommunen durch die Pflichtaufgaben zum Bau und Betrieb von Kitas und Grundschulen finanziell sehr belastet werden. Eine zusätzliche Übertragung dieser Verpflichtung im Bereich weiterführende Schulen ist aus finanzieller Sicht der Ämter und Kommunen nicht möglich. Die derzeit in Verantwortung der Gemeinden betriebenen weiterführenden Schulen sind praktisch alle unter anderen Bedingungen finanziert und gebaut worden. Er ist der Ansicht, dass die Finanzierung durch den Landkreis übernommen werden sollte.

Frau Mollenschott und Herr Fuchs

pflichten bei, dass die Nordkommunen nicht in der Lage sind solche Projekte zu finanzieren. Des Weiteren plädieren sie nochmals dafür, gemeinsam mit dem Landkreis eine zeitnahe, Lösung zu finden.

Herr Mücke

spricht an, dass der Landkreis den Schulbedarf im Norden in seiner Schulentwicklungsplanung erkannt hat. Die im Schulgesetz festgelegte Bedingung, dass gewährleistet werden muss, dass eine bestimmte Anzahl von Schülern*innen im Einzugsgebiet eines Schulneubaus vorhanden sein muss, kann nur der Landkreis erfüllen. In Gesprächen mit den betroffenen Kommunen kann eruiert werden, ob diese die Trägerschaft übernehmen können oder wollen.

Frau Rieckhof

erwähnt, dass die Klärung der Umstände bei der gymnasialen Oberschule in Groß Körös ein langwieriger Prozess war, der in vielen konstruktiven Gesprächen zu einem positiven Ende gebracht werden konnte. Des Weiteren regt Sie die Überlegung an, perspektivisch weiterführende Schulen in die Trägerschaft des Landkreises zu überführen. Dieser Prozess wäre langwierig.

Herr Könning

spricht die Finanzierung über die Kreisumlage an und gibt zu bedenken, dass eine Erhöhung auch Kommunen betreffen wird, die vom Bau neuer Schulen nicht direkt profitieren. Empfindet die Bereitschaft aller Beteiligten, vertiefende Gespräche zu führen, sehr positiv.

08. Sachstand Radverkehr in ZEWS (L402, Radweg westl. Bahn)

Herr Schulz

erläutert, dass die derzeitige Planung den Radweg zwischen dem Sportplatz Miersdorf und dem Kreisverkehr an der L402 betrifft. Für die Planungen ist ein Fördermittelbescheid für die Finanzierung aus dem Landesstrukturfond erhalten worden. Mit den zugewiesenen Geldern werden die drei nächsten Leistungsphasen beauftragt. Für den Bau werden folgend weitere Fördermittel beantragt.

Herr Kollert

1. Heute fand ein Treffen in der Stadtverwaltung Königs Wusterhausen statt. Beraten wurde über eine eventuelle Kooperation beim Projekt Radweg westlich der Bahn.
2. Auch für dieses Projekt wurde ein Fördermittelantrag gestellt. Dieser wurde positiv beschieden. Ziel ist auch hier die Durchführung der Leistungsphasen 1-3.
3. Derzeit wird ein Kooperationsvertrag erarbeitet, um die Zusammenarbeit der beteiligten Kommunen zu regeln.
4. Die Gemeinde Eichwalde hat in Kooperation mit dem Planungsbüro complan einen Fördermittelantrag für das sogenannte Projekt C6 im Rahmen des GSK erarbeitet.
5. Am 07.05.2022 findet in der Bahnhofstraße in Eichwalde der Tag der Mobilität statt.

Frau Langner

informiert, dass der fristgerechte Eingang dieses Fördermittelantrags bestätigt wurde.

Herr Anders

berichtet, dass der Bau eines Radweges westlich der Bahn im Bereich Wildau partiell schwierig wird. Von einigen Grundstückseigentümern ist bekannt, dass sie einen Grundstücksverkauf ausschließen.

09. Ebbegraben: Niederungsentwicklung

Herr Burgschweiger

führt ein. Der Ebbegraben entwässert ein sich kurz vor der Einmündung in den Flutgraben befindliches Moor. Hierdurch entstehen Nachteile für die Umwelt. In der Gemeinde Schulzendorf wurde der Beschluss gefasst, zu untersuchen, wie das Wasser in der Niederung gehalten werden kann. Ein Gutachten wurde von der Gemeinde Zeuthen beauftragt. Wie ist hier der Sachstand?

Herr Schulz

antwortet, dass Informationen über den aktuellen Sachstand nicht vorliegen und in folgenden Ausschüssen nachgereicht werden.

Frau Mollenschott

schlägt vor, eventuelle Informationen aus dem demnächst stattfindenden Umweltausschuss in Zeuthen an die Mitglieder der Regionalausschüsse weiterzuleiten.

Herr Mücke

bittet darum, Informationswünsche im Vorfeld einer Sitzung an die Verwaltungen heranzutragen. So lässt sich die Vorbereitung und Auskunftsfähigkeit der Verwaltungen besser gewährleisten.

10. Ukraine / Flüchtlingshilfen

Frau Langner informiert

1. Ergänzend zu den Informationen aus TOP 04. In der Stadt Wildau sind derzeit 12 ukrainisch Geflüchtete angemeldet.
2. Die Gemeinden ZEWS befinden sich im regelmäßigen Austausch über die aktuellen Entwicklungen.
3. Unterstützt durch den Gewerbeverband wird in der Gemeinde Eichwalde ab kommenden Montag ein Mittagstisch angeboten.
4. Der KJV hilft bei der sozialen Integration der Flüchtlinge.
5. Zwei ukrainische Kinder sind in den Schulbetrieb der Grundschule integriert.
6. Eine große Herausforderung stellt die seelische Betreuung dar. Bei Ideen oder Hilfsangeboten bitte bei den Verwaltungen melden.

Herr Mücke

ergänzt, dass in der Gemeinde Schulzendorf 4 ukrainische Kinder die Schule besuchen. Das Schulmaterial wurde vom Förderverein gestellt.

Herr Hamann

schlägt vor, dass für die seelische Unterstützung der Flüchtlinge versucht werden könnte, im Ruhestand befindliche Psychologen zu reaktivieren.

Frau Figge

informiert, dass in der Gemeinde Zeuthen derzeit eruiert wird, ob es möglich ist, analog zu den Senioren einen Mittagstisch anzubieten.

Herr Vulpius

bemerkt, dass die private Aufnahme von ukrainisch Geflüchteten derzeit das größte und effektivste Hilfsangebot darstellt. Des Weiteren stellt er fest, dass bis zur Bewilligung von Leistungen eine Versorgungslücke entsteht, die derzeit von den jeweiligen Wohnungsgebern geschlossen wird. Dies stellt eine große Belastung dar.

Frau Figge

berichtet aus eigener Erfahrung. Die Vernetzung über private Foren funktioniert sehr gut und hilft bei der Koordinierung von Bedarfen und Hilfsangeboten.

Herr Burgschweiger

weist darauf hin, dass der Gewerbeverband Eichwalde eine Spendensammlung gestartet hat.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21:10 Uhr.

Alf Hamann
Vorsitzender des Regionalausschusses Eichwalde

Dyrk Richter
Protokollant